

FR 10.10.83

Chr.

## „Wunderbare Utopie: Geld der Gewerkschaften und Phantasie der Alternativen!“

Rathaus Schöneberg, ein Oktobertag im Jahr 2000: Ans Rednerpult tritt der neugewählte Regierende Bürgermeister Werner Orlowsky („Alternative Volkspartei“), um das Programm seines Senats zu erläutern. Die Parlamentspräsidentin hatte zuvor die Gäste begrüßt, darunter den greisen Erich Honecker, der nun als Rentner die Sitzung des Westberliner Abgeordnetenhauses verfolgt. Ein Reporter des „Senders Befreites Berlin“ erläuterte in einer Direktübertragung die politische Entwicklung der letzten 17 Jahre, die zu dieser „wirklichen Wende“ geführt hatte.

Nach einer achtjährigen CDU-Regierungszeit war die Arbeitslosigkeit Ende der achtziger Jahre auf 20 Prozent gestiegen, die Westberliner Bevölkerung auf 1,7 Millionen geschrumpft. Um der Krise Herr zu werden, bildeten CDU und SPD eine große „Koalition zur Rettung Berlins“. Als einzige Oppositionspartei kam die Alternative Liste bei den nächsten Wahlen auf 20 Prozent der Stimmen, 1997 war schließlich eine Koalition SPD/AL mit Peter Glotz und Werner

Orlowsky das Gebot der Stunde. Nach ihrem Zerfall gab es Neuwahlen, die inzwischen durch Zulauf von sozialdemokratischen und liberalen Wählern entstandene „Alternative Volkspartei“ gewann die absolute Mehrheit.

Dieses „Szenario“ gab den Hintergrund für ein mit viel Selbstironie aufgeführtes Planspiel „Berlin 2000 — Die Alternativen an der Macht“, mit dem die Selbsthilfe-Organisation „Netzwerk“ am Wochenende aus Anlaß ihres fünfjährigen Bestehens über Perspektiven der alternativen Bewegung nachdachte. Mitspieler in der Technischen Universität waren neben Netzwerknern und Politikern der ebenfalls gerade fünfjährigen Alternativen Liste prominente Sozialdemokraten, so der frühere Finanzsenator Klaus Riebschläger und der ehemalige Senatssprecher Peter Sötje als Vorsitzende einer alternativen Wohnungsbau-Gesellschaft. Die „Regierungserklärung“ Orlowskys — er ist in Wirklichkeit von AL und SPD gewählter Baustadtrat im Problembezirk Kreuzberg — war allerdings kein Spielmaterial. Sie enthielt für alle Politikbereiche ernst-

haft entwickelte Lösungsansätze, wie sie von den Alternativen und Grünen im Bundestag und den Landesparlamenten vertreten werden.

Ob sich die politische Entwicklung wirklich wie in dem Planspiel vollziehen wird, daran hatten alle Beteiligten freilich große Zweifel. Um der Utopie die harte Realität entgegenzustellen, gab es eine zweite „Netzwerk“-Veranstaltung, diesmal unter dem Thema „Berlin 1983 — das bessere Berlin in der Defensive?“. Sprecher der Organisation zogen eine kritische Bilanz der letzten fünf Jahre. Zwar wurden mit den Geldern der rund 6000 Mitglieder bundesweit 205 Projekte unterstützt, „die durch staatliche Subventionen ebensowenig gestützt werden wie durch Banken. Projekte, die den Herrschaften zu fortschrittlich sind, zu engagiert, zu politisch. Die ihren Arbeitsplatz selbst schaffen, statt brav zu warten, bis die Arbeitslosigkeit vorbei ist“.

Aber: Das Ziel der ökonomischen, politischen und sozialen „Vernetzung“ der Initiativen untereinander sei nicht erreicht worden. Zwar gibt es allein in

Berlin an die hundert nach alternativen Prinzipien arbeitende Betriebe und Projekte mit einigen tausend Arbeitsplätzen — doch durch die politische „Wende nach rechts“ und die Wirtschaftskrise seien diese ebenso in die Defensive geraten wie linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kirchenleute. Möglichkeiten der Kooperation dieser unterschiedlichen Kräfte erörterte eine in der Zusammensetzung bislang einmalige Diskussionsrunde. Neben Netzwerk-Leuten saßen ein türkischer IG-Metall-Sekretär, der Kreuzberger SPD-Geschäftsführer Peter Wardin, der AL-Abgeordnete Dieter Kunzelmann, der evangelische Superintendent Gustav Roth, in dessen Gemeindsaal „Netzwerk“ auch tagte.

„Kooperation ist nötig“ — darin waren sich alle einig. Wie sie in der Praxis aussehen könnte, blieb vage. Schwerpunkte sollten Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, speziell bei Jugendlichen, sein. Erwogen wurde die Übernahme konkursbedrohter Betriebe zur Rettung von Arbeitsplätzen, Entwicklung neuer Produkte, Erprobung kooperativer Arbeitsformen. Es gab auch Einwände: „Wenn wir nicht

mal in der Lage sind, unseren alternativen Kleinbetrieben eine gesicherte Perspektive zu geben — woher haben wir dann genügend Sachverstand und Mittel, um Industriebetriebe zu übernehmen?“ Der IG-Metall-Sekretär bezweifelte, daß die Gewerkschaften sich in absehbarer Zeit an solchen Projekten beteiligen könnten. Doch die „wunderbare Utopie“ von der „Symbiose des Geldes der Gewerkschaften mit der Phantasie der Alternativen“ ließ die Augen der Netzwerk-Leute glänzen.

Die Hausbesetzerbewegung, die in den vergangenen Jahren die nun am Diskussionstisch versammelten unterschiedlichen Kräfte in einer Frage vereinte, existiert praktisch nicht mehr. Die Beteiligten wollen aber an den gerade in Berlin reichlich vorhandenen und zunehmenden gesellschaftlichen Problemen gemeinsam weiterarbeiten. Die „Netzwerk“-Veranstaltungen vom Wochenende deuten darauf, daß die Alternativen dabei sind, sich aus dem Ghetto einer bestimmten Szene herauszuentwickeln.

HOLGER SCHMALE (dpa)